

13. 6. wurden im
stühle und Ein-
ücken, Schmuck-
8 Güsse, 51 Hüh-
artoffeln wurden
kündet, während
eln von den Fel-
wurden auf der
geschlachtet. Die
if 48. Das Ham-
Umfange weiter.
kleines Wandet-
t, wurden allein
nahmt.

h obige Vereine
leich. Trotz der
ch die Rhoeder
den, und man
auf ihre Kosten

le, Altersturner:
ten. Jungturner:
unkunten. Turner:
nen. Turnerinnen:
ten
ballspiel zeigten
en. Rhede hatte
ellt, konnte es
lle. Turnerinnen
Nach der Pause
gewinnen und
pft mit 3:2 To-
reist der Bochold
immer wieder
vor Rhedes Tor
vor Schluss
rennte sich mit

Rechnung vom
hätte sich aller-
fang, sah sich
gedrängt und
ts Mittelstürmer
anschaft des TV
n Ostermontag.
In Tor für sich
habe Rhede sich
und, daß Bochold
und nicht mehr
e. So gelang es
erzielen, konnte
ilt mit 15 Toren

Bechold michtig
ht beirren und
ste Tor fiel für
Fehler des lin-
hieß es 1:0.
ch in der Luft,
die vor Halbzeit
bar war. Nach
or Minuten, zog
dröhte Olympia
er gelegentlich
Ecke wurde er-
Ein Durchbruch
Erst dann
Ein Elfmeter
t, und dann war

77 Jahren, ihr
treusorgender
den. Also früh
in ihren. In
Heinrich Vier-
n Verwandten.

st, starb nach
heil, versehen
enten, im blü-
gen, in tie-
ziska Gerning-
er, Coes-
er, 48.
Inspektor Heinrich
ohnhaft in Der-
Eibe.
anna Steverding,
rungs-Schwärz,
letzte Nachricht
rland).
Obergefr., letzte
um (Stpreußen).
geban.
August Otto, Pi-
Magdeburg.
einem Kriegs-
Posen.
al Pohl, Pp.-Nr.
richt vom 11.
a. Rhein.
ykamp, 6. Batt.
Int-Div. zu
7787 D. Letzte
uni 1944.
mens Oesteroth,
letzte Nachricht
zuletzt gesehen
Frankfurt, Oder.
Buldermann,
47 B. letzte Pp.-
Nachricht vom
ler, Eifel
lh. Groesdonk,
chland, 4. K.,
nstraße, Letzte
ebruar 1945 v.
sen.
a Niehaus, zu-
dann nach Ber-
v. März 1945.
Fallsch.-Panzer-
zotzäger-Ersatz-
n. Komp. Ri-
1945 in Bo-
nz Freyer, Pp.-
A. Wiesbaden,
1945.
Schulz aus Lb.
Nr. 31 825 od.
cht 2. Februar
ndriesoka, gudi,
mann aus Wb.
Waldburg,
hirmjäger-Ers.
enburg an der
letzte Nachricht
Imping, Reg.
Pp.-Nr. 04 563
v. 25. Februar
gekehrte kann
Willi Schüller,
1945 in Rees-
nachricht.

Herausgegeben von den britischen Militärbehörden
Die Zeitung erscheint jeweils dienstags und freitags
Der Postverlagort ist (21) Oelde

Neue

Westfälische Zeitung

Die Anzeigen für die jeweilige Teilausgabe und
die Ausgabebezeichnungen erscheinen auf der
vierten Seite dieser Zeitung

Nr. 110 Dienstag, den 2. Juli 1946 20 Pfg.

Aus der Lügenfabrik des Dritten Reiches

Fritzsche beichtet seine „eindrucksvollste falsche Nachricht“

Nürnberg, 27. Juni. Als „die eindrucksvollste falsche Nachricht, die ich je ausgegeben habe“ bezeichnete der ehemalige Leiter der Abteilung Presse und Rundfunk im Propagandaministerium, Ministerialdirektor Hans Fritzche, am Donnerstag im Zeugnisstand des Nürnberger Gerichts den Versuch, der Berliner Bevölkerung in den letzten Tagen des Kampfes um Berlin vorzutäuschen, daß die Armee Wenck bereits zum Entsatz in Potsdam angelangt sei.

In den Tagen, als Berlin bereits von allen Seiten durch die russischen Truppen eingeschlossen war, so berichtete er, seien in Berlin von amtlicher Seite Gerüchte verbreitet worden, daß die Armee Wenck bereits zum Entsatz auf dem Marsch sei, daß im Westen nicht mehr gekämpft werde, daß Ribbentrop sich an die Westfront begeben habe und dort verhandele und ähnliches. Um diese Gerüchte zu verstärken, seien, scheinbar versehentlich, über Berlin Flugblätter abgeworfen worden, deren Text etwa mit den Worten begann: „Soldaten der Armee Wenck, ihr Berliner wissen, daß ihr bereits in Potsdam steht, beichtet euch.“

Trotz dieses Beispiels, das er noch durch andere ergänzte, bestritt Fritzche, daß „das Propagandaministerium die größte Lügenfabrik aller Zeiten“ gewesen sei. Er habe niemals eine Fälschung gebraucht oder bewußt eine Lüge erzählt, erklärte er, gab aber zu, daß die deutsche Propaganda bei der Auswahl ihrer Meldungen und Zitate „eine Tendenz waltete“ ließe.

Über seine Propaganda in den deutsch besetzten Gebieten erklärte Hans Fritzche, ihr Ziel sei „die Gewinnung der Völker Europas für die deutsche Sache“ gewesen. Aus diesem Grunde sei er auch stets gegen Repressalien gewesen.

Goebbels über das deutsche Volk

Von Hans Fritzche erfährt die Welt am Freitag zum erstenmal, was Dr. Goebbels am Vorabend des totalen Zusammenbruchs über das deutsche Volk und den verlorenen Krieg sagte: „Das deutsche Volk hat es ja nicht anders gewollt. Es entschied im Rahmen der Volksabstimmung über den Austritt aus dem Völkerbund mit großer Mehrheit gegen eine Politik der Nachgiebigkeit und für eine Politik der Ehre und des Wagemuts. Also hat das deutsche Volk selbst den Krieg gewählt, den es jetzt verloren hat.“

Fritzche sagte: „Recht oder Unrecht sind unabhängig von Sieg oder Niederlage. Hitler wollte diese Niederlage zur Selbstvernichtung des deutschen Volkes machen. 15-, 14-, 12-jährige Jungen wurden in den letzten Tagen des Kampfes um Berlin unter Vorspiegelung falscher Hoffnungen zum Kampf gegen Panzer eingesetzt. Jungen, die vielleicht eine Hoffnung für einen Wiederaufbau gewesen wären.“

Fritzche fuhr fort, daß er, nachdem er von Hitlers Selbstmord erfahren hatte, in seiner letzten Publikation am 2. Mai 1945 diesen Selbstmord bekannt gegeben habe, „denn ich wollte die Bildung einer Hitlerlegende im Keim ersticken.“

Fritzches dreifacher Irrtum

Fritzche gab zu, daß seine Propaganda auf drei falschen Voraussetzungen gefußt habe: 1. Auf dem Glauben an die Menschlichkeit Adolf Hitlers. 2. Auf dem Glauben an die sittliche Reinheit des Systems. 3. Auf dem Glauben an den unbedingten Friedenswillen Adolf Hitlers.

Im weiteren Verlauf des Gegenverhörs durch den russischen Ankläger kam dieser auf die Rundfunkkommentare zu sprechen, in denen Fritzche sich über die Zerstörungen in England durch deutsche V-1-Geschosse verbreitet hatte.

„Geben Sie zu, daß Sie durch Ihre entstellten Berichte über die Zerstörungen die Fortsetzung des sinnlosen Widerstandes verursacht haben?“ fragte der Ankläger.

Fritzche: „Im Gegenteil, ich war in dieser Sache viel zurückhaltender als die deutsche Presse. Ich kann nur wiederholen: V 1 war für uns die einzige Waffe, mit der wir den Feind hätten zu Boden schlagen können.“

Hitler wollte 40 000 Gefangene erschießen

Nürnberg, 20. Juni. Ein Befehl Hitlers zur Erschießung von 40 000 alliierten Kriegsgefangenen

Beamtenkabinett in Indien

Neu Delhi, 29. Juni. Feldmarschall Lord Wavell, der Vizekönig von Indien, gab am Samstag die Namen von sechs Engländern und zwei Indigern bekannt, die das vorübergehende Beamtenkabinett bilden werden.

Das Beamtenkabinett soll die geschäftsführende Regierung Indiens bilden, während die Provinzialversammlungen Vorbereitungen für die Wahlen ihrer Vertreter in der allindischen verfassunggebenden Versammlung treffen.

Die geschäftsführende indische Regierung soll ihre Aufgaben so lange wahrnehmen, bis die Besprechungen der britischen Kabinettsmission mit den Vertretern der Kongreßpartei und der Moslemliga über die Schaffung einer provisorischen Zwischenregierung wieder aufgenommen werden.

Man erwartet, daß die britische Mission nach ihrer Rückkehr aus London einen neuen Vorschlag für die Bildung einer vorläufigen Regierung bekanntgeben wird.

als Vergeltung für den alliierten Luftangriff auf Dresden im Februar 1945 bildete am Samstag den Gegenstand einer nochmaligen Befragung des Angeklagten Hans Fritzche durch das Gericht.

Fritzche bekundete, daß Goebbels nach dem Luftangriff auf Dresden, bei dem 40 000 Menschen umgekommen seien, auf seiner täglichen Ministerkonferenz erklärt habe, der Führer sei nunmehr entschlossen, diesen Terror „so oder so“ zu brechen und habe daher die Erschießung von 40 000 englischen und amerikanischen Fliegern befohlen.

Nach Fritzches Darstellung sei es daraufhin zu einer erregten Auseinandersetzung gekommen, da Fritzche sich weigerte, diese Maßnahme propagandistisch vorzubereiten. Der Plan der Ermordung von 40 000 alliierten Kriegsgefangenen sei schließlich im Sande verlaufen, da inzwischen die Aussicht auf einen deutsch-englischen Gefangenenaustausch aufgetaucht sei, an dem Deutschland damals sehr stark interessiert gewesen sei.

Fritzche berichtete ferner, daß Goebbels im Herbst 1944 eine Meldung ins Ausland lanciert habe, wonach ein feindliches Flugzeug an einem Sonntag Kirchgänger beschossen hätte und dann abgeschossen worden sei. Die Besetzung sei von der Bevölkerung gelyncht worden. „Tatsächlich lagen dieser Meldung keinerlei wahre Vorgänge zugrunde“, sagte Fritzche.

Er belog sogar seine Mitarbeiter

Bevor Fritzche noch einmal in den Zeugenstand gerufen wurde, hatte sein einziger Zeuge,

der frühere Referent im Propagandaministerium, von Schirmeister, Aussagen gemacht. Schirmeister schilderte Goebbels als einen „heimlichen Bewunderer Churchills“. Er habe während des ganzen Krieges ein Bild des Herrzogs von Windsor auf seinem Schreibtisch gehabt.

Schirmeister bestätigte ferner, daß Fritzche von bevorstehenden militärischen oder politischen Aktionen immer erst unmittelbar vorher Kenntnis erhalten habe. Vor dem Angriff auf die Sowjetunion habe Goebbels sogar seine engsten Mitarbeiter bewußt angelogen, indem er ihnen erklärte: „Meine Herren, ich weiß, manche von Ihnen glauben, es geht gegen Rußland. Ich muß Ihnen heute sagen, es geht gegen England. Wir stehen vor der Invasion.“

Schirmeister zitierte noch einen anderen Ausspruch von Goebbels, den dieser getan habe, um Fritzche und seine Mitarbeiter zu einer schärferen Hetze gegen führende Persönlichkeiten der Gegenseite anzustacheln: „Wenn ich an Ihre Stelle zehn Juden setzen könnte, die würden es hinkriegen.“

Damit ist die Beweisführung für den letzten vorhandenen Angeklagten im Nürnberger Prozeß abgeschlossen.

Beweisführung für Bormann

Rechtsanwalt Bergold begann daraufhin seine Beweisführung für den abwesenden Angeklagten Martin Bormann. Er habe den Versuch unternommen, den Beweis dafür anzutreten, daß Martin Bormann tot sei. Dieser Beweis sei jedoch darum so schwer, weil es nicht möglich gewesen sei, Zeugen dafür herbeizuschaffen.

Er verlas sodann die eidesstattliche Versicherung der einzigen Zeugin, die sich habe auffinden lassen: Bormanns frühere Sekretärin Else Krüger. Diese schilderte, daß sie nach ihrer Flucht aus dem Bunker der Reichskanzlei Anfang Mai 1945 in einen anderen Bunker von dem SS-Gruppenführer Rattenhuber und von einigen Soldaten gehört habe. Bormann sei bei einem Fluchtversuch aus der Reichskanzlei umgekommen.

Noch kein Termin der Friedenskonferenz

Triest als Hauptproblem — Das Echo in der Welt

Paris, 29. Juni. Nach der längsten bisherigen Sitzung der Außenministerkonferenz kamen die Vertreter der vier Großmächte überein, einen Sieben-Punkte-Plan des französischen Ministerpräsidenten und Außenministers über eine internationale Kontrolle von Triest zu studieren.

Nach dem von Bidault vorgeschlagenen Plan, der von Molotov zwar kritisiert aber nicht abgelehnt wurde, sollen Triest und das umliegende Gebiet für zehn Jahre zu einem autonomen Gebiet erklärt und durch den Weltsekreterrat in ihrer Unabhängigkeit gewährleistet werden. Der Gouverneur des Gebietes soll in Uebereinstimmung mit Italien und Jugoslawien ernannt, und eine Volksvertretung mit gesetzgebender Befugnis soll durch allgemeine Wahlen gewählt werden.

Der von Außenminister Byrnes eingebrachte Vorschlag, eine allgemeine Friedenskonferenz der zur UNO gehörenden Staaten am 20. Juli einzuberufen, wurde nicht angenommen. Dieser Punkt soll erneut behandelt werden.

In der Freitag-Sitzung der Außenminister stand die italienische Kolonialfrage zur Debatte. Außen-

minister Bevin bestand darauf, daß die italienischen Kolonien bis zu einer endgültigen Entscheidung über ihre Zukunft unter der bisherigen britischen Militärverwaltung bleiben. Auch der Uebertragung von Hoheitsrechten in den italienischen Kolonialgebieten auf die vier Mächte könne er nicht zustimmen. Nach einem Hinweis Molotows auf den alliierten Beratungsausschuß in Italien und den Wert eines Studiums der politischen Probleme an Ort und Stelle vor einer endgültigen Entscheidung über die Kolonien sagte Bevin zu, daß er gegen die Entsendung eines besonderen Untersuchungsausschusses durch die vier Außenminister keine Einwendungen erheben werde. Ueber diese Angelegenheit gingen die Außenminister dann hinweg, ohne ein Uebereinkommen erzielt zu haben.

Nach einem Beschluß, der auf der Donnerstag-nachmittagsitzung der Außenministerkonferenz getroffen wurde, kommen die Dodekanes-Inseln an Griechenland.

Die vier Außenminister einigten sich weiter über die Begrenzung der bulgarischen Flotte, die 7250 Tonnen und 3100 Mann Personal betragen

Atombombe ist gefallen

San Francisco, 1. Juli. Flammen und Rauch stiegen über 15 Kilometer hoch, als die Atombombe zwei Minuten nach Mitternacht deutscher Zeit über den Schiffszielen im Bikini-Atoll detonierte. Die Lagune, vor der die Schiffe ankernten, verschwand in Massen von Wolken und Wasser.

Als der Rauchpilz über dem Bikini-Atoll aufstieg, waren Brände auf mehreren Zielschiffen zu erkennen. Man konnte sehen, wie die Schiffe sich aus dem Chaos der Detonation nach fünf Minuten heraushoben.

Der erste Radio-Bericht vom Bikini-Atoll beschreibt die anfängliche Detonation als großen blendenden Blitz, gefolgt von einer zweiten Explosion.

Das mitten im Ziel ankernde, auffällig bemalte amerikanische Schlachtschiff „Nevada“ schwamm einige Zeit nach der Explosion immer noch.

Die Detonation war überraschend schwächer, als man erwartet hatte.

Etwa dreimal stärker als die erste Explosion schienen den Beobachtern die zweite. Ein Radiosprecher an Bord des Beobachterflugzeuges meldete: „Wir spürten keinen Schock, als die Bombe explodierte.“

Nach ersten Berichten wurde von einer Springflut nichts wahrgenommen.

Enrico de Nicola

wurde Italiens Präsident

Rom, 28. Juni. Zum provisorischen Präsidenten der italienischen Republik wurde, wie die italienische Nachrichtenagentur „Ansa“ meldete, Freitag nachmittag Enrico de Nicola, ein 69-jähriger Rechtsanwalt aus Neapel, gewählt.

Für die Wahl war eine 3/5-Mehrheit notwendig, die bei den 504 Abgeordneten der italienischen Nationalversammlung 323 Stimmen beträgt. Für de Nicola stimmten 396 Abgeordnete.

Enrico de Nicola war nach dem ersten Weltkrieg Präsident der italienischen Kammer.

soll, nahmen die französische Forderung auf das Gebiet von Tenda und Briga an der italienischen Grenze an und erzielten auch eine Verständigung über die Verteilung der rumänischen Auslandsgebühren.

Proteste und Forderungen antworten den Außenministern

Belgrad, 27. Juni. Volle Souveränität Jugoslawiens über Triest forderte Marschall Tito am Donnerstag in einem Interview mit dem Direktor der jugoslawischen Nachrichtenagentur. Haben Maßnahmen werde er nicht zustimmen, erklärte er, wie Radio Belgrad berichtet.

Sofia, 27. Juni. Gegen die Begrenzung der bulgarischen Wehrmacht auf 55 000 Mann, wie sie die „Großen Vier“ auf der Pariser Außenministerkonferenz vorgeschlagen haben, erhebe die bulgarische Regierung Einspruch, gab der Präsident der bulgarischen Nationalversammlung, Wassil Kolarow, am Mittwochabend in Paris bekannt.

Ebenso lehne Bulgarien die griechischen Territorial- und Reparationsansprüche als „absurd“ ab. Innsbruck, 27. Juni. Der Tiroler Landtag traf Mittwoch zu einer Sondersitzung zusammen, um gegen die Entscheidung der Pariser Außenministerkonferenz über die Eisenbahnlinie Linz-Innsbruck Protest einzulegen. In einer einmütigen Entscheidung forderte der Landtag die österreichische Regierung auf, gegen die „neuerliche Auslieferung des Landes Andreas Hofers an die Fremdherrschaft“ zu protestieren und die Südtiroler Frage der UNO vorzulegen, um eine Volksabstimmung in diesem Gebiet zu veranlassen.

Rom, 28. Juni. Gegen die Entscheidung der Pariser Außenministerkonferenz, die italienischen Grenzbezirke Briga und Tenda Frankreich zu geben, protestierte Ministerpräsident De Gasperi in der italienischen verfassunggebenden Versammlung am Freitag unter dem Beifall aller Parteien.

Polen soll demokratisch wählen

London, 28. Juni. Der britisch-polnische Finanzvertrag, der in London am letzten Montag unterzeichnet wurde, wird von der britischen Regierung erst dann ratifiziert werden, wenn die Warschauer Regierung die Polen auferlegten Verpflichtungen erfüllt hat. Dies wurde von maßgebender Seite in London am Freitagabend bekanntgegeben.

In diesem Zusammenhang wird von britischer Seite auf folgende Tatsachen aufmerksam gemacht: Auf der Jalta-Konferenz war bereits festgelegt worden, daß die provisorische polnische Regierung sobald wie möglich freie und ungehinderte Wahlen unter Beteiligung aller demokratischen antifaschistischen Parteien abhalten sollte.

Durch die Potsdamer Konferenz seien die Polen ermächtigt worden, gewisse Gebiete östlich der Oder in Verwaltung zu nehmen. Innen sei aber auch auferlegt worden, zu Anfang dieses Jahres Wahlen durchzuführen. In Polen seien aber keine Wahlen abgehalten und auch keine Wahlgesetze veröffentlicht worden.

Ein historisches Datum für Österreich!

Am 28. Juni 1946 hat der Viermächterat für Österreich ein neues Kontrollabkommen für Österreich unterzeichnet, dessen wesentliche Bestimmungen an anderer Stelle dieser Nummer der NWZ. mitgeteilt werden. Bundeskanzler Figl hat die Bedeutung dieses Abkommens mit den Worten unterstrichen: „Der 28. Juni 1946 ist zu einem historischen Datum für Österreich geworden. Die Wirtschaftseinheit des Landes ist wiederhergestellt. Das parlamentarische Leben kann sich frei entwickeln, und die Vollmachten der Regierung sind damit bedeutend erweitert.“ Die neuen Bestimmungen bedeuten einen gewaltigen Schritt vorwärts, zur vollen Souveränität zu einem freien und unabhängigen Österreich, wie es die alliierten Mächte bereits auf der Moskauer Konferenz im Jahre 1943 in Aussicht gestellt hatten.

Österreich erhält jetzt eine freie, selbständige Staatsführung. Lediglich in einigen besonderen Angelegenheiten behalten sich die Alliierten das Entscheidungsrecht vor. Die Hauptaufgaben der Alliierten sollen sein: 1. In Österreich für die Durchführung der Berliner Erklärung vom Juni 1945 über die Niederlande Deutschlands zu sorgen, 2. die Trennung Österreichs von Deutschland zu vollenden, unabhängig und unangefasteten Bestand des österreichischen Bundesstaates zu erhalten und bis zur endgültigen Entscheidung über die Bundesgrenzen die Grenzen nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 zu wahren, 3. der österreichischen Bundesregierung behilflich zu sein, ein gesundes, demokratisches Volksleben mit wirksamer Verwaltung, wirtschaftlicher und finanzieller Sicherheit und Ordnung zu schaffen, 4. der frei gewählten Bundesregierung behilflich zu sein, sobald als möglich die volle Kontrolle der Staatsgeschäfte in Österreich zu übernehmen und 5. für die Schaffung eines Erziehungsprogramms auf lange Sicht zu sorgen, das alle Spuren nationalsozialistischer Denkart auslöst und die österreichische Jugend mit demokratischen Grundsätzen erfüllt. Auch bleibt die Interalliierte Kommandantur in Wien als Instrument der Alliierten Kommission für Angelegenheiten der Stadt Wien bestehen, bis ihre Funktionen an den Wiener Magistrat abgegeben werden können. Dies wird so rasch als tunlich durchgeführt werden.

Die österreichische Regierung ist von nun an in der Lage, internationale Vereinbarungen zu treffen. Sie kann diplomatische und konsularische Beziehungen mit den Regierungen der Vereinten Nationen ohne vorherige Genehmigung durch den Alliierten Kontrollrat herstellen. Bisher bestanden derartige diplomatische Beziehungen mit neun Staaten, nämlich: den vier Großmächten England, Frankreich, Rußland und USA., sowie mit Belgien, Holland, Italien, der Schweiz und der Tschechoslowakei. Am 24. Juni ist in Wien eine politische Mission der polnischen Regierung eingetroffen, die damit ebenfalls die unmittelbaren Beziehungen mit Österreich aufgenommen hat.

Die neuen Vereinbarungen gehen auf einen britischen Entwurf zurück, der vor zwei Monaten dem Alliierten Kontrollrat unterbreitet wurde, und bringen, worauf die Wiener Zeitung „Neues Österreich“ in einem Leitartikel: „Näher zur Souveränität“ besonders hinweist, eine merkwürdige Verstärkung der Vollmachten der Regierung. „Es wird sich“, schreibt das Blatt, „natürlich erst in der Praxis herausstellen, wie weit unsere staatliche Aktionsphäre nach den Bestimmungen des neuen Statuts tatsächlich ausgedehnt wird. Es ist außer Zweifel, daß unsere demokratische Freiheit durch einen Zuwachs von Rechten gestärkt wird und daß es sich jetzt nur mehr darum handelt, daß Parlament und Regierung von dieser Rechtserweiterung in kluger und verantwortungsbewußter Form Gebrauch machen. Der Weg ist vorgezeichnet. Wir sind jetzt näher an die Souveränität herangekommen. Nun heißt es, die Straßen zu bahnen zur vollen Souveränität.“

Jeder Deutsche kann es verstehen, wenn diese Neuordnung der politischen Dinge in ganz Österreich mit Freuden begrüßt wird, und gönnt den Österreichern diesen Erfolg von Herzen. Daß jeder Deutsche zugleich auch damit den aufrichtigen Wunsch verbindet, es möge in seinem deutschen Vaterlande auch recht bald so weit sein, das wird ihm niemand verdenken können!

Verhüttet Feld- und Getreidebrände

Düsseldorf, 30. Juni. Die gegenwärtige Ernährungslage erfordert zusätzliche Vorsichtsmaßnahmen für die Verhinderung von Bränden auf den Äckern und in gespeicherten Getreide. Jeder mit Getreide bestellte Quadratmeter, der durch Feuer zerstört wird, ist ein Verlust von wertvollen Nahrungsmitteln.

Nachlässigkeit ist der Grund fast aller Getreidebrände. Jede deutsche Frau, jeder deutsche Mann und jedes deutsche Kind muß darauf achten, daß nicht durch Wegwerfen eines noch glühenden Streichholzes oder Zigarettenstummels Feuer verursacht wird. Bauern müssen Feuerpatronen heilförmig stellen, so daß entstehende Brände sofort gelöscht werden können.

Im Kampf gegen den Hunger muß jede Vorsichtsmaßregel ergriffen werden.

Nordwestdeutscher Rundfunk

Nachrichten (tägl.) 6.45, 9.00, 13.00, 19.00, 21.45 Uhr.

Mittwoch 3. Juli: 7.00 Gartenfunk, 8.10 Konzert aus Bad Pyrmont, 9.05 Lern-Englisch im Londoner Rundfunk, 12.15 Landfunk, 15.20 Suchdienst für vermisste Kinder, 18.00 Literarische Rundschau, 19.15 Zum Tage, 22.00 Wörberman in der Landwirtschaft spricht.

Donnerstag, 4. Juli: 7.00 Haus und Gesundheit, 8.10 Unterhaltungsmusik, 9.15 Schulfunk, 12.30 Musik am Mittag, 16.30 Suchdienst für ehemalige Zwangsverscleepte, Häftlinge und internerierte deutsche Soldaten in Deutschland, 18.00 Kunst und Wissen, 20.00 Wie es euch gefällt, 22.15 Kammermusik.

Freitag, 5. Juli: 7.10 Unterhaltungsmusik, 13.00 Nachrichten, Bericht aus Nürnberg, 14.00 Blick auf die Wirtschaft der Welt, 15.55 Musik auf zwei Klavieren, 18.00 Unterwiederbau, 19.30 Rund um die Welt, 22.00 Die Parteien sprechen.

Tagung des CDU.-Zonenausschusses

Dr. Adenauer zur politischen Lage Deutschlands

Köln, 30. Juni. Eine Rede Dr. Karl Adenauers, des Vorsitzenden der CDU. in der britischen Zone, stand im Mittelpunkt einer außerordentlichen Arbeitstagung der Christlich-Demokratischen Union für die britische Zone, die vom 27. bis 29. Juni 1946 in Neuenkirchen durchgeführt wurde.

Mit eindringlichen Worten zur Ernährungslage des deutschen Volkes begann Dr. Adenauer seine Ausführungen, wobei er betonte, daß allgemein mit Recht auf die mangelhafte Organisation hingewiesen werde, die einen Ausgleich innerhalb und zwischen den Zonen, zum Beispiel in der Kartoffelversorgung verhindert habe. Nach anerkennenden Worten für die von den britischen Militärbehörden veranlaßte Schulkinderseisung erhob Dr. Adenauer die Frage, wie die arbeitende Bevölkerung die nächste Zeit überstehen solle, denn im äußersten Westen sei die Lage tatsächlich so, daß von Woche zu Woche festzustellen sei, wie die Menschen mehr und mehr verfallen.

Bei der anschließenden Betrachtung der industriellen Lage stellte Dr. Adenauer fest, daß im Gegensatz zu Hannover und dem Bezirk Osnabrück in der Nordrheinprovinz fast alles still liege und die Menschen dieses Gebietes von einer lähmenden Hoffnungslosigkeit erfaßt seien. Das hänge natürlich auch mit der ganzen außenpolitischen Lage zusammen, es sei aber auch zu berücksichtigen, daß insgesamt noch sechs Millionen deutscher Kriegsgefangener in den Siegerländern festgehalten würden und daß, wenn Deutschland für Europa arbeiten sollte, doch zuerst einmal dafür gesorgt werden müsse, daß diese Kriegsgefangenen zurückkommen. Neben seiner Forderung, einen Teil dieser Gefangenen gegen politische Häftlinge, insbesondere gegen ehemalige aktive SS-Leute auszutauschen, regte Dr. Adenauer an, für die Wiederherstellung des geistigen Bandes zwischen dem Vaterland und den Kriegsgefangenen zu sorgen.

Zur innerpolitischen Lage ging Dr. Adenauer auf die Stellung der SPD ein, die, wie er sagte, auf allen Gebieten nach wie vor bevorzugt werde. Die Abstempelung der Sozialdemokratie als Regierungspartei bringe ihr gewiß manche Vorteile, sie müsse dann aber auch die Verantwort-

lung für vieles übernehmen, was nach Ansicht der übrigen Parteien hätte verhindert werden können und müssen.

Den Entnazifizierungsausschüssen müsse, wie Dr. Adenauer betonte, scharf auf die Finger gesehen werden, um aus ihnen nicht politische oder wirtschaftliche Druckmittel zu machen. Als einen Hauptmangel stellte er heraus, daß es nach den bisherigen Bestimmungen nur Freisprüche oder wirtschaftliche Todesurteile gäbe. Er wies in diesem Zusammenhang auf die Behandlung dieser Frage in Süddeutschland hin, wo ein Beamter zurückgestuft und andere mit Geldbußen belegt würden und damit die Sache ein für allemal abgehandelt sei. Vor allem sollten Jugendliche, die 1933 ein bestimmtes Alter noch nicht überschritten hätten, von irgendwelchen Maßregeln freigestellt werden.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen lehnte Dr. Adenauer die Bezeichnung „Christlicher Sozialismus“ ab. Es komme heute darauf an, dem arbeitenden Menschen wieder Freude an seiner Arbeit zu geben und die Möglichkeit, vom Ertrage seiner Arbeit ein anständiges Leben führen zu können.

Sozialfragen im Vordergrund

In der dreitägigen Berichterstattung und Aussprache nahm auf der Arbeitstagung die Lage der Flüchtlinge, Sozialrentner und Kriegssopfer den breitesten Raum ein.

Die Referenten zur Bodenreform- und Siedlungsfrage forderten als Sofortmaßnahmen die Landbeschaffung für Kleingärten mit dem Ziel einer organischen Stadt- und Landerweiterung als Grundlage für Heimstätten-siedlungen ohne Beeinträchtigung des landwirtschaftlichen Ertrages. Beim Großgrundbesitz solle im Rahmen des Lastenausgleichs die prozentuale Vermögensabgabe in Hergabe von Land bestehen.

Wahlergebnisse der USA.-Zone

München, 30. Juni. Die ersten Berichte über die heute in den drei Ländern der amerikanischen Zone durchgeführten Wahlen zu den verfassunggebenden Landesversammlungen lassen darauf schließen, daß die Wahlen ohne größere Zwischenfälle verliefen.

Bisher liegen einige Teilergebnisse vor, die auf eine Wahlbeteiligung von 70 bis 75 Prozent schließen lassen.

Rosenheim-Stadt. Wahlberechtigt: 11.849. Abgegebene Stimmen: 8903. Ungültige Stimmen: 174. Wahlbeteiligung: 75,1 Prozent. SPD: 2621. KPD: 879. CSU: 4421. FDP: 135. Wiederaufbauvereinigungen: 673.

Teilergebnis aus München. SPD: 11.638. KPD: 2443. CSU: 13.795. FDP: 3358. WAV: 521.

Wie aus Stuttgart gemeldet wird, verliefen die Wahlen in Württemberg-Baden ruhig. Man rechnet mit einer nur geringen Wahlbeteiligung auf dem Lande, da die Bauern sich infolge des plötzlich eingetretenen hochsommerlichen Wetters vorwiegend mit der Heuernte beschäftigten.

Mit 5913 Stimmen ging die Liberaldemokratische Partei in Marburg als stärkste Partei hervor. SPD: 3901. KPD: 990. CDU: 3212. LDP: 5913. Teilergebnis Mannheim: SPD: 28.870. CDU: 20.840. DVP: 5332.

Teilergebnis Nürnberg. SPD: 36.682. KPD: 8827. CSU: 25.288. FDP: 4382. WAV: 6811.

Vorläufiges Endergebnis Kassel. SPD: 29.941. KPD: 5654. CDU: 13.672. LDP: 6470.

Das Endergebnis der Wahlen im Stimmkreis Fürth zeigt einen deutlichen Rückgang der Stimmen für die CSU. Während bei den Stadtverordnetenwahlen über 93 Prozent wählten, betrug die Wahlbeteiligung am heutigen Sonntag nur 81,9 Prozent. Der Ausfall an Stimmen beschränkt sich vor allem auf die CSU, die gegenüber den letzten Wahlen 2284 Stimmen verloren hat. Die Stimmzahl für die übrigen Parteien ist ungefähr gleich geblieben.

Endergebnis Darmstadt. SPD: 17.224. KPD: 4233. CDU: 8641. LDP: 2061. Wahlbeteiligung 61 Prozent.

Endergebnis Fulda. SPD: 4281. KPD: 932. CDU: 15.163. LDP: 1252.

Vorläufiges Endergebnis Frankfurt. SPD: 87.571. KPD: 23.571. CDU: 67.161. LDP: 24.070.

Arbeiterpartei: 553. Wahlbeteiligung: 72 Prozent.

Endergebnis Offenbach. SPD: 14.627. KPD: 4891. CDU: 9930. LDP: 2296. Arbeiterpartei: 6938. Wahlbeteiligung: 74 Prozent.

Sachsens Volksentscheid bis jetzt 84 Prozent Ja-Stimmen

Berlin, 30. Juni. Der Sonderberichterstatler des Berliner Rundfunks meldete gegen Mitternacht ein vorläufiges Gesamtergebnis im sächsischen Volksentscheid. Das Ergebnis umfaßt 25 Stimmkreise mit 1551 Stimmbezirken. Stimmberechtigt: 1.168.372. Ja-Stimmen: 870.987. Nein-Stimmen: 165.793. Ungültig: 66.104. Beteiligung 94,5 Prozent. Davon Ja-Stimmen: 84 Prozent.

Die Bevölkerung des Landes Sachsen hätte durch Abgabe ihrer Stimme darüber zu entscheiden, welches Schicksal rund 4400 sächsische Betriebe haben sollen, die bisher von der sowjetischen Militärverwaltung beschlagnahmt waren, nunmehr aber in die Hände der deutschen Selbstverwaltungsorgane übergeführt werden.

Der zum Volksentscheid gestellte Gesetzentwurf hat die Überschrift: „Über die Uebergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes.“

Keine Demarkationslinie mehr in Österreich

Wien, 28. Juni. Die Demarkationslinien innerhalb Österreichs werden nahezu vollständig abgeschafft, wie in einem Abkommen festgelegt wird, das am Freitag vom Viermächterat für Österreich unterzeichnet wurde.

Durch dieses Abkommen wird die österreichische Regierung volle Autorität erhalten. Die österreichische Regierung kann in Zukunft internationale Verträge abschließen. Diplomatische und konsularische Beziehungen können von Österreich mit allen Mitgliedern der Vereinten Nationen aufgenommen werden, ohne daß es hierzu einer besonderen Genehmigung bedarf. Gewisse Angelegenheiten werden jedoch von dem Alliierten Rat für Österreich geregelt. Dazu gehören die Aufgaben, die sich aus der Entmilitarisierung und aus der Versorgung der verschleppten Personen ergeben. Das Abkommen kann als der Wechsel vom System der Kontrolle zum System der Ueberwachung bezeichnet werden.

Entlassung Kriegsgefangener bis Dezember in USA.-Zone durchgeführt

Berlin, 1. Juli. Alle ehemaligen deutschen Soldaten, die als Kriegsgefangene in der amerikanischen besetzten Zone Deutschlands im Arbeits-einsatz sind, werden bis zum 30. November entlassen werden, heißt es in einem Bericht, den der amerikanische Befehlshaber in Deutschland, General McNarney, am Sonntag veröffentlicht hat. Die deutschen Kriegsgefangenen sind, wie es in dem Bericht heißt, bis auf 140.000 Mann entlassen. Nicht zur Entlassung kommen allerdings diejenigen Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS und anderer Truppen, die aus Sicherheitsgründen zurückbehalten werden.

Ostflüchtlinge in Dänemark

Kopenhagen, 27. Juni. Die dänische Regierung bemüht sich, die Aufmerksamkeit der britischen Regierung auf das Problem der rund 200.000 deutschen Flüchtlinge in Dänemark zu lenken, das für das Land eine ernste Sorge darstellt.

Dänemark sei, so wird erklärt, nicht in der Lage, so viele Deutsche in den dänischen Arbeitsprozeß einzufügen, zumal da außer anderen Hinderungsgründen die offensichtliche Gefahr staatsgefährdender Tätigkeit vorliege.

Da die meisten Flüchtlinge aus Ostdeutschland stammen, steht man in London auf dem Standpunkt, daß es sich weitgehend um ein russisches Problem handle.

Protestdemonstrationen in Hamburg

Hamburg, 27. Juni. Eine vielhundertköpfige Menschenmenge demonstrierte am Donnerstagvormittag vor dem Rathaus der Hansestadt Hamburg gegen die Wohnungsräumung, die auf Anordnung der Kontrollkommission in den Stadtteilen Rothenbaum und Harvestehude durchgeführt werden soll, um Platz für das britische Hauptquartier in Deutschland zu schaffen.

Es ertönten Rufe wie „Wir wollen Bürgermeister Petersen sehen“ und darauf „Petersen muß abtreten.“ Die Demonstration zeigte jedoch allgemein einen recht ruhigen, gutmütigen Charakter, wenngleich sie mit der Zeit etwas erregter wurde.

Es war ohne weiteres festzustellen, daß zwei verschiedene Gruppen von Demonstranten erschienen waren. An erster Stelle waren jene, die sich Sorge um die Wohnungsräumung in der zukünftigen Enklave machten. Um diese sammelten sich dann gewisse Elemente, die die Chance einer

Massenansammlung auszunutzen versuchten, um Unruhe in die Menschenmenge zu bringen. Von dieser Seite wurde sogar das Deutschlandlied angestimmt, und man vernahm böse Rufe wie „Wir sind alle keine Inder, wir sind keine Kulis.“ Unterdessen unterhielt sich Bürgermeister Petersen mit einer Frauenabordnung. „Warum wird das Hauptquartier nicht in die Hamburger Vorstadt verlegt?“, so wurde gefragt, „es wäre dann doch allen geholfen.“

Der Bürgermeister setzte sich mit der Militärregierung in Verbindung und wirkte den Frauen eine Besprechung mit dem zuständigen britischen Offizier.

Während der Unterredung brach die demonstrierende Menge in spontanen Rufen aus: „Erst bauen, dann räumen, nur bauen, nie räumen.“

Noch einmal stimmte die Gruppe von Störenfriedern das Deutschlandlied an, und ein Teil der Demonstranten drängte auf den Eingang des Rathauses zu. Es gelang jedoch der Polizei, die Menge zum Halten zu bringen. Einige der Rädelsführer, die es gar zu toll trieben, mußten festgenommen werden.

Warnung des Oberbefehlshabers

Der Oberbefehlshaber für die britische Besatzungszone erließ am Freitag nachstehende Verfügung an das Hauptquartier der Militärregierung in Hamburg:

„Der Oberbürgermeister ist davon in Kenntnis zu setzen, daß der Oberbefehlshaber für die britische Besatzungszone mit dem Verhalten gewisser Bevölkerungskreise unzufrieden ist. Die Bewohner sind zu warnen, daß Störungen der Ordnung nicht geduldet werden. Falls diese Warnung nicht beachtet wird, werden energische Maßnahmen ergriffen werden.“

Churchill verlangt Auskunft über Deutschlands Schwarzmarkt

London, 27. Juni. Auskunft über den Stand der Lebensmittelversorgung Deutschlands verlangte am Dienstag Winston Churchill im englischen Unterhaus. Er nahm dabei auf Mitteilungen über den Schwarzmarkt in Deutschland Bezug, die verschiedene Abgeordnete zu Anfragen veranlaßt hatten.

Minister Hynd gab dem Unterhaus die Versicherung, daß sehr energische Schritte gegen den Schwarzmarkt von den britischen Behörden eingeleitet wurden. Bis zu einem gewissen Grade seien Schwarzmarktschäfte für ernster Lebensmittelmangel aber unvermeidbar.

In den Äußerungen der Abgeordneten wurde die Berichterstattung eines Teiles der britischen Presse über die Ernährungslage in Europa als irreführend getadelt.

Druck: Verlag der Neuen Westfälischen Zeitung
Auflage 102.819

'Aus Westf.

Einjährige Sonderberichterstatler des Berliner Rundfunks meldete gegen Mitternacht ein vorläufiges Gesamtergebnis im sächsischen Volksentscheid. Das Ergebnis umfaßt 25 Stimmkreise mit 1551 Stimmbezirken. Stimmberechtigt: 1.168.372. Ja-Stimmen: 870.987. Nein-Stimmen: 165.793. Ungültig: 66.104. Beteiligung 94,5 Prozent. Davon Ja-Stimmen: 84 Prozent.

Die Bevölkerung des Landes Sachsen hätte durch Abgabe ihrer Stimme darüber zu entscheiden, welches Schicksal rund 4400 sächsische Betriebe haben sollen, die bisher von der sowjetischen Militärverwaltung beschlagnahmt waren, nunmehr aber in die Hände der deutschen Selbstverwaltungsorgane übergeführt werden.

Der zum Volksentscheid gestellte Gesetzentwurf hat die Überschrift: „Über die Uebergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes.“

Die Kulturverwaltung vinalregierung sieht die Bildung des Volkes an. Nach einer Untersuchung werden zur Ausschüsse zur Errichtung der Volkshochschulen, um die Volkshochschulen zu tragen, in Schulen für Jugendliche gerichtet werden. In mit weltanschaulich turgeschichte, mit beschlachten.

Studentenkon

Eine Studentenkonfische Zone wird in tagen. Diese erste K folgt unmittelbar d ausschüssen an alle schen Hochschulen.

Auf der Göttinger Universitäten in der Delegierte, darunter technische Hochsch demien mit Univer werden je zwei De entsenden. Außer di schen Hochschulen besonders der Berlin den, ferner sind Ein schaft in England, Staaten und Rußlan

Die Beratungen wassen, von der Der Hochschulen über di organisationen bis z dentische Leben w rühren.

Der Jubilär hat e historischer und w geschrieben. Als aus oft zu politischen g genommen. In dem Westfalen“ hat e lagen und Zusammen raumes in auerweg lungsweise behandel

Prof. Dr. Bru

Prof. Dr. Bruno K schaffler der Univer dieses Jahres Leiter im Oberpräsidium d am 29. Juni seinen

Kuske ist in erste und Geograph und rheinisch-westfälisch bleibenden Verdiens schaft liegen in der schen Methode, die zu anderen maßge brachte, ihn aber d zierter. Zusammenh schäftslebens ermö

Der Jubilär hat e historischer und w geschrieben. Als aus oft zu politischen g genommen. In dem Westfalen“ hat e lagen und Zusammen raumes in auerweg lungsweise behandel

Ro

Der ursprüngliche Rhein und Weser, O im Norden, aus den vnz Westfalen her seit alters her als zeichnet. Alle mögli tur angegeben word man zuletzt wohl m keinen restlos befr darüber. Das aber

Die meisten gehen aus, „rot“ bedeute das Land, „wo in Selbst aber wenn e unseren Boden dera nach benannt hätte, men doch nur im möglich konnte da Rhein und Weser d

Deshalb bezogen a grund des westfälis das weiße Pferd n nicht zum Ziel. W gebiete nach ihre „blaues“, „gelbes“, Ueberdies hat auch farbe seines Wapp der roten Erde“ be

So versuchte ma zu Verden abzuleit Ballade „Die rote Leber und Tod“; d ist, sie fand jedoc sondern rechts d außerhalb unseres G

Eine vierte Erklä felen als das Land Leben und Tod“; d ist, sie fand jedoc sondern rechts d außerhalb unseres G

Die Blutbannes bena leitung ist irrig; d Blutgerichte. Und d rechten Weg zur Er die Bezeichnung ta anderer Weise, Der

tscheid
Stimmen

Interstatter des
Mitternacht
sächsischen
abt 25 Stimm-
mberechtigt:
Nein-Stimmen:
ung 94,5 Pro-
zent.
Sachsen hätte
r zu entschei-
sächsische Be-
n der sowjeti-
nament waren,
der deutschen
rt worden.
Gesetzwurf
Uebereinkunft
verbrechern in

nie mehr

inslinien inner-
vollständig ab-
mestgelegt
mächtlerat für
die österreich-
halten. Die
Zukunft inter-
Diplomatische
können von
der Vereinten
ohne daß es
beigung, bedarf
doch von dem
gelt. Dazu ge-
der Entmilitä-
verschleppen
kann als
Kontrolle zum
net werden.

angener

archgeführt
deutschen Sol-
der amerikani-
s im Arbeits-
November ent-
Bericht, den
Deutschland,
veröffentlicht
n sind, wie es
000 Mann ent-
nenn allerdings
ligen Waffen-
s Sicherheits-

emark

che Regierung
der britischen
rund 200 000
r zu lenken,
darstellt.
nicht in der
dänischen Ar-
a außer ande-
richtliche Ge-
verliege.
Deutschland
um dem Stand-
ein russisches

burg

versuchten, um
bringen. Von
handelt an-
Anfänge wie
„Wir Kulis.“
Unster Petersen
rum wird das
urger Vorstadt
äre dann doch

shabers

ritische Beant-
stehende Ver-
filitätsregierung

shabers

on in Kenntnis
er für die bri-
halten gewis-
n ist. Die Be-
ungen der Ord-
diese Warnung
ische Maßnah-

unft über

markt

den Stand der
nds verlangte
im englischen
teilungen über
and Bezug, die
fragen veran-

ischen Zeitung

Aus Westfalens Schulwesen

Einjährige Sonderlehrgänge für Lehramtsbewerber müssen in Westfalen zur Behebung der Lehrermangel eingerichtet werden, die durch Kriegsverluste und Entnazifizierungsmaßnahmen entstanden ist. Nach einem Jahr erwartet man 1800 bis 2000 junge Lehrkräfte für die Volksschule, die im zweiten Jahr neben ihrer Unterrichtstätigkeit in Arbeitsgemeinschaften und Ferienkursen weiter ausgebildet werden. Nach Ablegung einer zweiten Lehrprüfung werden sie den regulären Volksschullehrern gleichgestellt. Für die Zukunft sind für Westfalen fünf pädagogische Akademien vorgesehen, zwei katholische in Münster und Paderborn, zwei evangelische in Bielefeld und Lüneburg und eine für beide Konfessionen in Dortmund. Zur Zulassung ist die Reifeprüfung einer höheren Lehranstalt oder das Bestehen einer Aufnahmeprüfung erforderlich.

Die Provinz Westfalen hat außerdem über 1000 Lehrer zu wenig für ihre höheren Schulen, die jetzt wieder eröffnet sind. 1563 Lehrer unterrichten 64 817 Schüler und Schülerinnen an den höheren Schulen. Entlassen wurden in Westfalen nach dem Stand vom 10. Mai 605 Lehrkräfte des höheren Schulwesens. Außer dem Lehrermangel konnten auch die Räumlichkeiten der Schulen nur zum Teil mäßig behoben werden.

Westfalen hat sich in der Schulreform Ostern 1946 der Nordrheinprovinz angeschlossen, wo die Gymnasien wieder mit Latein in der untersten Klasse anfangen, im Gegensatz zur Provinz Hannover, wo Englisch die erste Fremdsprache in sämtlichen höheren Schulen ist. Eine einheitliche Schulreform in der britischen Zone konnte bisher noch nicht erreicht werden.

Die Kulturverwaltung der westfälischen Provinzialregierung sieht die geistig-sittliche Erneuerung des Volkes als eine sehr dringliche Aufgabe an. Nach einer Anweisung der Militärregierung werden zur Zeit in allen Gemeinden Ortsausschüsse zur Errichtung von Volkshochschulen gebildet, um die Volkshochschularbeit auch auf die Dörfer zu tragen. Daneben sollen Jugendhochschulen für Jugendliche von 18-30 Jahren eingerichtet werden. Diese sollen sich vorwiegend mit weltanschaulichen Fragen, allgemeiner Kulturgeschichte, mit Literatur, Kunst und Musik beschäftigen.

Studentenkonferenz in Göttingen

Eine Studentenkonferenz für die gesamte britische Zone wird in Göttingen am 4. und 5. Juli tagen. Diese erste Konferenz seit der Kapitulation folgt unmittelbar der Einsetzung von Studenten-ausschüssen an allen Universitäten und technischen Hochschulen der britischen Zone.

Auf der Göttinger Tagung wird jede der sechs Universitäten in der britischen Zone durch je drei Delegierte, darunter eine Frau, vertreten sein. Die technischen Hochschulen und die anderen Akademien mit Universitätsrang, im ganzen acht, werden je zwei Delegierte, darunter eine Frau, entsenden. Außer diesen sind Vertreter aller deutschen Hochschulen in den anderen Zonen und besonders der Berliner Studentenschaft eingeladen, ferner sind Einladungen an die Studentenschaft in England, Frankreich, den Vereinigten Staaten und Rußland ergangen.

Die Beratungen werden ein weites Gebiet umfassen, von der Denazifizierungspolitik an den Hochschulen über die studentischen Wohlfahrtsorganisationen bis zu allen Fragen, die das studentische Leben während der Studienzeit betreffen.

Prof. Dr. Bruno Kuske 70 Jahre

Prof. Dr. Bruno Kuske, der bekannte Volkswirtschaftler der Universität Köln und seit Anfang dieses Jahres Leiter der Abteilung Wirtschaft im Oberpräsidium der Nordrheinprovinz, beging am 29. Juni seinen 70. Geburtstag.

Kuske ist in erster Linie Wirtschaftshistoriker und Geograph und gilt als der beste Kenner des rheinisch-westfälischen Wirtschaftslebens. Seine bleibenden Verdienste für die Wirtschaftswissenschaft liegen in der Entwicklung seiner dynamischen Methode, die ihn wiederholt in Gegensatz zu anderen maßgebenden Volkswirtschaftlern brachte, ihn aber die Aufdeckung vieler komplizierter Zusammenhänge des modernen Wirtschaftslebens ermöglichte.

Der Jubilar hat eine große Zahl wirtschaftshistorischer und wirtschaftspolitischer Schriften geschrieben. Als ausgesprochener Demokrat hat er oft zu politischen Fragen des Westens Stellung genommen. In dem Sammelwerk „Der Raum Westfalen“ hat er die wirtschaftlichen Grundlagen und Zusammenhänge dieses Wirtschaftsraumes in außergewöhnlich origineller Betrachtungsweise behandelt.

Rote Erde

Der ursprüngliche Raum Westfalen zwischen Rhein und Weser, Olpe im Süden und Papenburg im Norden, aus dem erst 1815 die heutige Provinz Westfalen herausgeschnitten wurde, wird seit alters her als „Land der Roten Erde“ bezeichnet. Alle möglichen Begründungen sind dafür angegeben worden, so viele Deutungen, daß man zuletzt wohl meinte, es gebe wohl überhaupt keinen restlos befriedigenden Aufschluß mehr darüber. Das aber ist ein Irrtum.

Die meisten gehen von der falschen Annahme aus, „rot“ bedeute hier die Farbe und bezeichne das Land, „wo in den Bergen ruht das Eisen“. Selbst aber wenn es wahr wäre, daß das Eisen unseren Boden derart rot färbt, daß man ihn danach benannt hätte, es gilt solche Eisenvorkommen doch nur im Sauer- und Siegerlande; unmöglich konnte das gesamte Gebiet zwischen Rhein und Weser danach benannt werden.

Deshalb bezogen andere das Rot auf den Farbgrund des westfälischen Wappens, auf dem sich das weiße Pferd erhebt. Doch auch das führt nicht zum Ziel. Wurden etwa andere Stammesgebiete nach ihrer Wappenfarbe „grünes“, „blaues“, „gelbes“, „goldenes“ Land genannt? Ueberdies hat auch Hannover Rot als Grundfarbe seines Wappens, ohne je danach als „Land der roten Erde“ bezeichnet worden zu sein.

So versuchte man den Namen von dem Blutbad zu Verden abzuleiten, wie Felix Dahn in seiner Ballade „Die rote Erde“. So schicksalsschwer die Hinrichtung der Sachsen im Jahre 782 gewesen ist, sie fand jedoch gar nicht in Westfalen statt, sondern rechts der Weser an der Aller, also außerhalb unseres Gebietes.

Eine vierte Erklärung bezieht sich auf Westfalen als das Land der Feme, des „Gerichts über Leben und Tod“; daher sei es mit dem Sinnbild des Blutbannes benannt worden. Auch diese Herleitung ist irrig; denn auch anderwärts gab es Blutgerichte. Und doch nähern wir uns hier dem rechten Weg zur Erklärung. Mit der Feme hängt die Bezeichnung tatsächlich zusammen, nur in anderer Weise. Der Ausdruck „Rote Erde“ kommt

„Unsere Welt die denkbar beste“

Es erscheint als ein Schicksalshinweis der Geschichte, daß Deutschland den 300. Geburtstag seines großen Philosophen Gottfried Wilhelm Leibniz, der (nach der neuen Kalenderrechnung) am 1. Juli 1646 in Leipzig geboren wurde, inmitten des Zusammenbruchs seiner politischen und geschichtlichen Existenz begehen muß. Denn dieser geniale Kopf seiner Geistesgeschichte wurde ihm in einem ähnlichen Zustand des Niederganges und der Verelendung geschenkt; nach den unseligen Verheerungen des Dreißigjährigen Krieges.

Inmitten eines verarmten und verlassen, in unzählige staatliche Einzelgebilde zerstückelten Deutschland erschien damals ein universaler Denker und entwarf den sehnsüchtig nach Befriedung und Befreiung von den drückenden Spannungen lechzenden Menschen das Bild eines von einem göttlichen Willen geschaffenen, zweckmäßig und harmonisch in sich geschlossenen Weltganzen.

„Woher kommt und warum ist das Uebel in der Welt? Spricht nicht die Existenz von Uebel und Sünden gegen die Existenz Gottes? Zumindest gegen die Existenz eines allgütigen und gerechten Schöpfers?“ Leibniz machte diese Fragen, die auch heute wieder so unzähligen Menschen verzweifeln in der Seele brennen, zum Grundproblem seines berühmten Buches, der „Theodicee“, das damals das religions-philosophische Lesebuch der gebildeten Welt und eines der einflußreichsten Bücher seiner Zeit in Deutschland wurde.

Mit mathematisch geschulter Logik und Klarheit weist Leibniz in diesem Buch dem Uebel seinen sinnvoll notwendigen Platz in dem harmonischen Gefüge des Weltganzen an. Das Uebel, sagt er, hat seinen Grund in der Endlichkeit und Begrenztheit der natürlichen Wesen. Aus der Endlichkeit folgt die Sünde, und aus der Sünde folgt das Leid. Aber das Uebel, weist Leibniz nach, herrscht nicht allein in der Welt; denn jedes Uebel kann durch eine gute Tat wieder ins Gleichgewicht gebracht und ausgeglichen werden.

Dieser Grundgedanke von dem harmonischen Gleichgewicht in der sittlichen Weltordnung, von dem Ausgewogensein des Übels mit dem Guten, ist das Kernprinzip, auf dem Leibniz seinen berühmten Gedanken von der „prästabilierten Harmonie“ der Welt und des Universums aufgebaut hat und von dem sein gesamtes politisches und wissenschaftliches Denken bewegt wird.

Leibniz entwirft ein großartiges Entwicklungssystem von kleinsten seelischen Kräfteinheiten, die er „Monaden“ nennt, aus denen das All zusammengesetzt ist. Jede einzelne dieser Monaden ist eine Einheit für sich, die als ein „Spiegel der Welt“ das gesamte Universum als Vorstellung in sich trägt. Die Gesamtheit der Monaden ist durch das Prinzip der „prästabilierten Harmonie“ miteinander verbunden und in sich einander gegenseitig zugeordnet. Gott als Zentralmonade ist der Schöpfer und der letzte Erklärungsgrund dieser zu einer Einheit zusammengefügten Vielheit.

Auf diesem logischen Wege kommt Leibniz zu der Anschauung eines von Gott so gewollten vollkommenen Weltalls, in dem auch das Uebel von Notwendigkeit ist, damit das Gute verwirklicht werden kann. So, wie sie Gott gewollt hat, ist die Welt die denkbar beste, das ist der tiefe Sinn eines Begriffes von der „prästabilierten Harmonie“.

Der Philosoph der Monadenlehre und der „prästabilierten Harmonie“ war ein Weltweiser, dessen Weltweisheit sich gleichzeitig mit einer Weltklugheit verband. Denn das ist wesentlich und bezeichnend für die Universalität des Genius Leibniz, daß sein Denken von der Welt sich nicht in einer Abseitigkeit und Isoliertheit vom Leben vollzog; sondern sich am Leben und im Leben selbst entwickelte. Er sprach in seinen unzähligen Einzelschriften nicht allein zu Deutschland, er wandte sich die gesamte Kulturwelt, von der ihm Deutschland ein wesentlicher Teil war und in der er Deutschland wieder einen namhaften Platz einräumte wollte.

Zum erstenmal nach dem Zusammenbruch seines Jahrhunderts wies Leibniz dem deutschen Denken über die kleinliche Nützlichkeitskrämeralltägliche höflicher Glückseligkeitsansprüche den Weg zu einer universalen Weltanschauung auf ein zweckmäßig und sinnvoll-harmonisch gefügtes Weltganzen und stellte den deutschen Geist aus der Enge dogmatischer nationaler Begrenztheit wieder in die Mitte eines europäischen Kulturzusammenhangs.

Bereits mit 15 Jahren bezog er die Universität, studierte in Leipzig und Jena die Rechte, erwarb sich mit 18 Jahren den ersten akademischen Grad, das Baccalaureat, und promovierte im Jahre 1666 als Zwanzigjähriger in Altdorf zum Doktor juris. Sein glänzendes wissenschaftliches Auftreten bei der Promotion brachte ihm das Angebot einer Professur in Altdorf ein. Aber er lehnte ab. Ihn lockte es in die Freiheit eines gelehrten Weltmannes und in die Weite des politischen Lebens.

Erstmals in einem Femeurteil vor, in einem Arnberger Gerichtsspruch 1490, worin erkannt wurde: die Schöffen, welche in Schwaben und Nassau eine Hinrichtung durch Erhängen vorgenommen hätten, seien nicht „op roter Erde gemakt“, d. h. nicht an einem westfälischen Freistuhl mit den Pflichten und Rechten eines Freischöffen „bekannt gemakt“ und verurteilt worden; sie hätten deshalb keine Vollmacht und könnten nicht als Femegegensen gelten. Wohl gab es nämlich auch außerhalb Westfalens Freischöffen, doch — und das ist das Entscheidende — nur in Westfalen konnten sie von einem Freigrafen „wissend gemakt“ werden, weshalb das Recht der „heimlichen Gerichte“ geradezu das „westfälische“ hieß. So heißt es in der Gerichtsordnung von 1646 unmißverständlich: „Alle Schöffen sollen gemacht werden auf der Roten Erde, das ist zu Westfalen.“ Trägt man alle urkundlich bekannten Freistühle auf einer Landkarte ein, so sieht man, wie sehr sich tatsächlich seit je das Gebiet der Feme mit dem alten westfälischen Stammesraum deckt.

Nun hat aber das Beiwort „rot“ hier nicht ausschließlich etwas mit „Blut“ zu tun. „Rot“ ist vielmehr ganz allgemein die Farbe des Gerichts. „Rot“ bezeichnete im Altdutschen nämlich auch „freie (offene) Plätze“, wie es eben jene waren, an denen die Femeurichte abgehalten wurden. Verlangte das Herkommen, das Femeurteil sei „auf roter Erde“ zu sprechen, so hieß das, es solle nach alter germanischer Weise „unter freiem Himmel“ verhandelt und gesprochen werden, im Gegensatz zu den geistlichen Gerichten, die in den Vorhöfen der Kirchen tagten und später zu den städtischen Gerichten, die im Rathaus oder sonstwie „unter Dach und Fach“ stattfanden. „Rot“ ist eben sinngemäß mit „roten“ und bezeichnete den „rauen“ (nackten, bloßen) Erdboden oder die Heide. Die entsprechende Bedeutung hat „rot“ ja auch in unseren Ortsnamen wie Rhode, Rinke, Rodde, Cobbenrode, Serkenrode, oder in Seppenrode, Neutennrode oder in Rodenberg, das zu Romberg verschliffen wurde.

So ergibt sich: Da die Femeurichte nur in Westfalen stattfanden und diese „westfälischen“ Ge-

Im Dienst der kurmainzischen Diplomatie öffnete sich ihm der Zugang zur Hochpolitik Europas, und als Gesandtschaftsrat des Mainzer Hofes stand er dann in Paris in der Mitte eines glänzenden politischen und wissenschaftlichen Lebens.

Aber schließlich nahm er doch von dieser weltmännischen Freiheit Abschied und trat im Jahre 1676 als Bibliothekar und Hofhistoriograph in den Dienst des hannoverschen und braunschweigischen Hofes, dem er trotz mannigfacher Lasten und Einschränkungen in seinen persönlichen wissenschaftlichen Interessen bis zu seinem Tode am 14. November 1716 treu blieb. Dieses Leben im Dienst der Politik und Wissenschaft wurde von einer unerhörten Fülle und fast verwirrenden Vielheit von Problemen bewegt.

Leibniz arbeitete nicht nur maßgebend an den herrschenden politischen Tagesfragen mit als ein eifriger Verfechter des westfälischen Friedens und als ein Förderer der freundschaftlichen Vereinigung Deutschlands mit Frankreich. Lange Jahre bemühte er sich, leider erfolglos, um die Wiedervereinigung der katholischen mit der evangelischen Kirche, verfaßte Denkschriften zur Außen- und inneren Festigung des Reiches, versuchte, die Außenpolitik Frankreichs entscheidend durch Hinwendung seiner Aufmerksamkeit auf Ägypten zu beeinflussen, ja, er nahm sogar Stellung zur polnischen Königswahl im Interesse eines deutschen Thronanwärters.

Neben dieser Arbeit an der politischen Neuordnung Europas gab es kein Gebiet der Wissenschaften, auf dem er nicht mitgearbeitet und anregend gewirkt hätte. Außer juristischen beschäftigten ihn theologische, metaphysische und historische Probleme, und sein Denken reichte bis in die Bezirke der Naturwissenschaft und Technik hinein. In Paris trieb er grundlegende mathematische Studien, die ihn zu der Entdeckung der Infinitesimalrechnung führten.

Die unerhörte Kraft seines ausgesprochenen kombinierenden Denkens verharnte aber nicht bei den Einzelheiten, sondern erstrebte die Vielheit der Erscheinungen und wissenschaftlichen Erkenntnisse in einen organischen Zusammenhang zu bringen und bestehende Gegensätze auszugleichen. Die Universalität dieser Absicht tat sich nicht nur kund durch seine Verbindung mit allen führenden Köpfen seiner Zeit, sie fand ihren ausdrücklichen Niederschlag in dem Plan zu einer weitverbreiteten Akademie der Wissenschaften, deren erste, mit Hilfe seiner begeisterten Schülerin, der ersten preussischen Königin Sophie Charlotte, auf seine Anregung hin in Berlin als nachmalige Preussische Akademie der Wissenschaften gegründet wurde. Es ist heute wieder interessant, zu wissen, daß gerade Preußen der universalen Absicht dieses Planes mißtrauisch gegenüberstand und seiner Verwirklichung Hindernisse in den Weg legte. Und es bedeutet mehr als ein Kuriosum, daß der Begründer und erste lebenslange Präsident Leibniz aus politischen Gründen zu der Eröffnung der Berliner Akademie nicht eingeladen war.

Es gehört zur eigenartigen Tragik des deutschen Denkens, daß es sich die unendliche und grenzenlose Weite der Leibnizschen Philosophie in der schulmäßigen Systematik eines Christian Wolff begrifflich einengte und mundgerecht machte. In der verkümmerten Ueberlieferung der Leibniz-Wolffschen Naturphilosophie war der weltoffene und welterwandelnde Monadenlehre die Schwungkraft genommen. Hier philosophierte Deutschland in der Gestalt eines steril-gesetzmaßigen Schuldogmas mit sich selbst. Man hatte für Leibniz das System gefunden, das man bei ihm immer vermissen wollte.

Aber es wäre wohl notwendig, heute wieder den wahren Leibniz zu entdecken, der unser Leben nach dem Zusammenbruch unserer politischen und geistlichen Eingegrenztheit wieder in ein harmonisches Gleichgewicht mit der Welt bringen könnte.

Klemperer wieder in Deutschland

Der bekannte Dirigent Otto Klemperer traf vor einigen Tagen aus Paris in Deutschland ein. Nach 13 Jahren seiner durch den Nationalsozialismus erzwungenen Emigration dirigierte er nunmehr zum erstenmal wieder in Deutschland, und zwar das große Orchester des Südwestfunks in Baden-Baden.

richte nur unter freiem Himmel, d. h. „auf roter Erde“ abgehalten worden, so wurde im Laufe der Zeit „Rote Erde“ gleichbedeutend mit Westfalen. Diese Gleichsetzung entwickelte sich — und das ist besonders bemerkenswert — nicht ohne das Zutun der Westfalen selbst, die zu den Charakteren der Feme als einer ausschließlich westfälischen Einrichtung zu wahren wußten. Somit ist die Bezeichnung Westfalens als „Rote Erde“ letztlich ein Zeichen für das Selbstbewußtsein und das aller politischen Aufspaltung zum Trotz naturhafte Zusammengehörigkeitsgefühl des Volkes „zwischen Rhein und Weserstrand“.

Urgrund des Lebens

Von Franz Klemens Gieseking

Die Erde selbst schien in diesen trüben, grausamen Jahren eines der treuesten Güter unseres unsicheren Lebens geworden zu sein. Sie hielt uns nicht mehr fest da, wo wir geboren sind, uns mit ihr durch Wachstum, Familie, Arbeit unlösbar verbunden glaubten. Unstet und flüchtig mußten wir werden durch den Krieg, durch die Dämonie seiner Voraussetzungen und Folgen. Sie machte die Menschen heimat- und hoffnungslos, heizte sie über die Grenzen, durch die Länder, in die sie, welche in Leben und Liebe eins sein wollten, unarmherzig auseinander. Aber unter Zeiten des Aufbruchs und der Trennung die Menschen doch immer wieder hin zu gnädigen, segenspendenden, lebendigen Mitte ihres Seins im Wurzelbereich der heimatlichen Erde.

Und diese Mutter Erde, selbst ein lebendiges Wesen, wurde verwundet, zerschunden, aufgewühlt durch Gräben und Trichter, wurde tausendfach beleidigt, gemißhandelt, geschändet. Aber nun sehen wir täglich, zumal in diesen Tagen, da sie ihre ewigen, tiefen Kraftströme aussendet, wie die Wunden heilen, wie sie sich schöner und zuverlässiger erneuert als irgend ein anderer Organismus im großen göttlichen Weltgefüge. Der Wind treibt weiche Wellen des Erdröchs in Trümmern und Abgründe und führt dem Oedland

Feierliche Immatrikulation in Münster

Im Hörsaal der Medizinischen Klinik zu Münster fand mit einer eindrucksvollen Stunde der Besinnung am Donnerstag die feierliche Immatrikulation der Neu-Studierenden statt. Der Rektor der Universität Professor Dr. Georg Schreiber beglückwünschte die Studierenden zu ihrem Eintritt in das wissenschaftliche Leben, das ihnen akademische Freiheit verbürge, eine Freiheit, die aber auch ethische Bindungen verlange. Zur reinen Wissenschaft, die ebenso wie chemisch reines Wasser unfruchtbar sei, müßten Wille und Wert der Persönlichkeit hinzutreten. Der Rektor sprach von dem hohen Glück geistigen Schaffens, das den akademischen Bürgern beschieden sei. Vielen sei es noch nicht vergönnt, aber auch ihnen, zum mindesten einem Teil davon, dürfe gesagt werden, daß alles denkbar Mögliche geschehe, auch ihnen demnach noch den Zutritt zum akademischen Studium zu öffnen. Der Rektor sprach sodann von den großen Schwierigkeiten des Wiederaufbaues der Universität; sie werde sich entgegen aller Not der äußeren Arbeitsbedingungen durchsetzen, wenn man sie auch, um ein antik-klassisches Beispiel zu gebrauchen, als die „Niobe unter den deutschen Universitäten“ bezeichnen dürfe.

Es sprach dann der Universitätsprofessor für britischen Militärregierung, Mr. Peraudin. Er betonte den großen Vorzug, aber auch die hohe Verantwortung der Jugend, die zum akademischen Studium zugelassen sei. Diejenigen jungen Menschen, die heute in den Hörsälen saßen würden in wenigen Jahren zur Führung des Volkes auf allen Gebieten des Lebens, als Juristen, Beamte, Politiker, Ärzte, Industrielle, berufen sein. Wenn diese jungen Menschen sich heute resigniert fragen möchten, ob sie denn noch überhaupt irgendwelchen Anteil an der Gestaltung des Schicksals des deutschen Volkes haben könnten, so sage er ihnen mit voller Überzeugung: Jawohl, jeglichen Anteil! Mr. Peraudin wies in diesem Zusammenhang auf den großen Anteil Deutschlands am gesamteuropäischen Kulturleben hin, das einer gemeinsamen Wurzel entstamme, und nannte die verpflichtenden Namen Beethovens und Bachs, dazu u. a. auch den Gründer der Westfälischen Landesuniversität, Freiherrn von Fürstenberg. Er betonte weiter, daß von seiten der britischen Militärregierung jede nur denkbare Unterstützung beim Aufbau des münsterischen Universitätslebens geleistet werden würde und schloß seine in deutscher Sprache gehaltene Rede mit dem Zitat aus dem Chor der Engel in Faust II. Teil: „Wer immer strebend sich bemüht, den können wir erlösen.“ Der Rektor schloß den feierlichen Akt mit einem herzlichen Dank an den Vordredner für seine aufgeschlossenen Worte, mit dem Bekenntnis zu ehrlichem wissenschaftlichem Wettbewerb unter den Völkern und einem eindringlichen Hinweis auf die hohe Mission des Christentums.

Dann sprachen die jungen Studierenden dem Rektor im Chor die Worte der feierlichen Verpflichtung nach.

Kurze Kulturchronik

Der Provinzial-Konservator der Nordrheinprovinz, Graf Metternich, konnte die erfreuliche Mitteilung machen, daß alle beweglichen Kunstschatze der Nordrheinprovinz, abgesehen von den durch Lagerung und Transport entstandenen kleinen, unwesentlichen Schäden, gerettet sind. Die Rückführung dieser Kunstschatze aus der amerikanischen Zone mit Unterstützung der britischen Kulturschutzorganisation und mit englischen Transportmitteln ist in vollem Gange, so daß voraussichtlich in den nächsten drei Monaten alle verlagerten Kunstgegenstände wieder zurückgeführt sein werden. Mit den entsprechenden französischen Stellen sind Verhandlungen im Gange.

Zum Intendanten des Bielefelder Stadttheaters wurde der bisherige Intendant des Stadttheaters Chemnitz, Dr. Schaffner, berufen.

In dem spätrömischen Münster St. Quirin in Neuß fand eine Feierstunde für den hochbetagten Nestor der rheinischen Denkmalspflege, für den Geheimen Regierungsrat Universitätsprofessor Dr. Paul Clemens statt, die zu einer eindrucksvollen Kundgebung für den Wiederaufbau des Rheinlandes wurde.

Der Direktor der Kölner Hochschule für Musik, Professor Walter Braunfeld, hat während seiner Emigration zahlreiche Kompositionen geschaffen. Darunter drei musikalische Werke, eine Vertonung von Grillparzers Dichtung „Das Leben ein Traum“, „Verkündigung“ nach einer Dichtung von Claudel und nach eigener Dichtung eine „Heilige Johanna“.

Auf einer Feier zum einjährigen Bestehen des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung“ werden in Berlin die Dichterinnen Ricarda Huch und Generalintendant der Düsseldorfer Bühnen, Wolfgang Langhoff, sprechen.

Der Suhrkamp-Verlag Berlin läßt unter dem Titel „Der Europäer“ fünf Betrachtungen von Hermann Hesse erscheinen, ferner die Rede Thomas Manns „Vom kommenden Sieg der Demokratie“ von 1938.

Die heimatliche Erde ist uns doch treu geblieben als eine wahre Mutter, als die sie uns durch Gott von Anbeginn an bestellt war. Viele haben sie wiedergefunden und müssen nun den andern Brüdern und Freunden, Helfer und Tröster sein, die noch sehnsüchtig nach dem Urgrund ihres Lebens, ihrem geliebten und geliebten Land ausschauen.

War es nicht unser aller große Sehnsucht in der Zeit der Auflösung unseres Lebensgefüges, wieder einmal ungestört, ohne die Schreckenrufe des Krieges am Wiesenrand in das unendliche Blau des Himmels träumen, in der Gewißheit ungezählter Tage im engen Gehege des Gartens mit Spaten und Harke das Eigene tun zu dürfen? So die Gegenwart und Zukunft, zum mindesten im kleinen Bereich, zu bestimmen, die sichere Erde wieder unter den Füßen und in den Händen zu fühlen, nicht mehr sich angstvoll in sie hinein-kraften, in sie verkrüppeln zu müssen, sie ganz festhalten, sich ihrer mütterlichen Nähe, Güte, Wärme erfreuen, das Geborgensein in ihr genießen zu dürfen, das ist schon ein großes Glück. Es ist das Glück der Lebenden und Heimkehrer in unseren Tagen. Ein Abglanz davon liegt bei allem Unwissen, das sie noch quälend mag, auf den Gesichtern der Menschen, wenn sie feierabends oder sonntags durch die Felder und blumenumstandenen Gärten schreiten. Wer diese Gnade nicht ganz tief empfindet, der ist im Grunde seines Herzens ein unzufriedener, ein undankbarer Mensch, der sich das Glück dieser Erde noch nicht verdient hat.

Sport der NWZ

August 1944 (Ploesti, Rumänien).